

2.

Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern

Oliver Rathkolb und Vera Ahamer

2.1.1. EINLEITUNG UND BEGRIFFSDEFINITIONEN

Der Diskurs über eine Entschädigung von Zwangsarbeitern/Zwangsarbeiterinnen hat bereits in den 1980er-Jahren in der Bundesrepublik Deutschland begonnen – mit ersten Publikationen, ausgehend von Ulrich Herberts Dissertation 1985, zahlreichen regionalen Studien und einer Wanderausstellung. Diese öffentlichen Debatten führten sowohl zu deutschen Gerichtsverfahren als auch zu einer Bundestagsdebatte. Dies war ein innerdeutscher Diskurs, ohne jede Beteiligung von US-Lobbys bzw. internationaler Medienöffentlichkeit in Europa und den USA. Die US-Debatte der späten 1990er-Jahre knüpfte dann sehr rasch an diese Vordiskussion an, die die „Die Grünen“ im Bundestag bereits unterstützt und dann realpolitisch in die Koalition mit der SPD eingebracht hatten. In Österreich blieben die Arbeiten der beiden Zeithistoriker Florian Freund und Bertrand Perz³³² zum Thema trotz erster Publikationen ab 1983 und einer Monographie 1988 ohne politische und hatten nur geringe mediale Resonanz.

Festgehalten werden sollte, dass auch in den USA eine breite Sensibilisierung für die materiellen Auswirkungen des NS-Regimes im Allgemeinen und die Zwangsarbeiter/innen-Problematik im Besonderen erst spät erfolgte, da die Nachkriegsprobleme und der Kalte Krieg diese Thematik zugedeckt hatten. Erst ab Mitte der 1970er-Jahre beginnt in der US-Gesellschaft eine breite gesellschaftliche Reorientierung in der eigenen Bewertung des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts, eine Debatte, die aber heute bereits weiter geht und Menschenrechtsfragen an sich, aber auch die Bedeutung individueller Rechte in Diktaturen zunehmend in den Vordergrund stellt.

Der „globale Medien-Marktwert“ des gegenständlichen Themas NS-Zwangsarbeit und Sklavenarbeit (letztere bezieht sich auf Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen) wurde

³³² Zum Beispiel: Bertrand Perz und Florian Freund, *Das KZ in der Serbenhalle. Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt*, Wien 1988. Vgl. auch noch frühere Artikel wie „Arbeiten, um zu sterben“ (über Sklavenarbeit in KZ-Nebenlagern von Mauthausen) im Wochenmagazin „Profil“, 31.10.1983.

durch den Beginn einer Reihe von „Sammelklagen“ – zuerst gegen Schweizer Banken, dann gegen deutsche Banken, Unternehmen und Versicherungen (sowie mit Verzögerung dann auch gegen vergleichbare österreichische Pendanten) – erhöht. Diese liefen unter anderem zusätzlich zu Kompensationen für noch nicht geleistete Entschädigung für „Arisierungen“, d. h. dem durch scheinlegale Konstrukte getarnten Raub des Eigentums von Juden und Jüdinnen im NS-Regime, auf Entschädigungen für Zwangsarbeit in der NS-Zeit hinaus.

Auch in Österreich reagierte die Politik auf Ebene der Großen Koalition (SPÖ–ÖVP) erst im Zuge der US-Sammelklagen auch gegen österreichische Unternehmen wie die VOEST Alpine oder den Verbund und setzte am 1. Oktober 1998 eine weisungsfreie und unabhängige ExpertInnenkommission ein.³³³ Bereits Anfang 2000 wurde ein erster Zwischenbericht zur Statistik der ZwangsarbeiterInnen und SklavenarbeiterInnen auf dem Gebiet des heutigen Österreich vorgelegt,³³⁴ auf dessen Basis (insbesondere der statistischen Berechnungen von Spoerer) dann die Finanzierung des Versöhnungsfonds für Kompensationszahlungen Überlebender aufgebaut werden konnte.³³⁵

Der deutsche Wirtschaftshistoriker Mark Spoerer hat in den 1990er-Jahren neuerlich die Diskussionen über die Definition von Zwangsarbeit in der NS-Zeit und insbesondere während des Zweiten Weltkriegs thematisiert,³³⁶ ausgehend und basierend auf den Studien vom Pionier der Zwangsarbeitsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, dem Historiker Ulrich Herbert, aus den 1980er-Jahren – damals übrigens noch unter dem von Herbert selbst infrage gestellten euphemistischen Label „Fremdarbeiter“. Herbert³³⁷ spricht von Zwangsarbeit bei ausländischen Arbeitskräften, wenn außerökonomischer Zwang ausschlaggebend dafür war, dass eine Person arbeitet, unabhängig von Profession und Tauglichkeit und alleine abhängig von der nationalen oder religiösen Herkunft und/oder dann, wenn diskriminierende arbeitsrechtliche Sonderbedingungen geschaffen wurden, die die Menschen bei Strafe zur Arbeit zwangen. Der Bereich der Dienstver-

333 http://www.historikerkommission.gv.at/deutsch_home.html sowie Eva Blimlinger, The Austrian Historical Commission: International Background, Motives, Results, and Impact, in: Contemporary Austrian Studies, Nr. 11/2003, S. 219–228

334 www.zum.de/Faecher/Materialien/lehmann/files/imi/Austria%20Historiker%20Spoerer.pdf Spoerer-Gutachten sowie die offizielle undatierte Presseaussendung auf http://www.historikerkommission.gv.at/deutsch_home.html

335 Hubert Feichtlbauer, Zwangsarbeit in Österreich 1938–1945: späte Anerkennung, Geschichte, Schicksale. Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit, Wien 2005.

336 Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart 2001.

337 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Neuauf. Bonn 1999.

pflichtung von InländerInnen wird zu Recht von beiden Autoren in dieser Definition ausgeklammert.

Spoerer hat auf der Basis der Arbeiten des Soziologen Albert Hirschmann über Hierarchien in Unternehmen, Organisationen und Staaten³³⁸ dessen Exit and Voice-System verwendet, um die unterschiedlichen Lebens- und Überlebensmöglichkeiten innerhalb der Gruppe der „ZwangsarbeiterInnen“ klarer zu fassen. Eine Kategorie zur Unterscheidung war die Möglichkeit, das Deutsche Reich nach Ende des Arbeitsvertrages und nach Kündigung zu verlassen („exit“). Ein weiteres Kriterium basiert auf der Möglichkeit, sich gegen die Arbeitssituation zu wehren und Kritik zu artikulieren, die dann auch registriert wurde und zu Änderungen führte („voice“). Insgesamt werden auch im Folgenden Unterschiede für den Arbeits- und Freizeitbereich berücksichtigt: Trotz manchmal fließender, zeitabhängiger Übergänge gab es deutschen Arbeitskräften relativ gleichgestellte Zivilarbeitskräfte – zumindest bis 1942 – wie Bulgaren, Dänen, Italiener bis Juli 1943, Kroaten, Rumänen, Slowaken bis zum Aufstand 1944, Spanier oder Ungarn. Doch auch bei dieser Gruppe wurden die Rückkehrmöglichkeiten in ihre Heimatländer ab 1942/1943 zunehmend eingeschränkt, sodass Niederländer, Belgier, französische Zivilarbeiter, Tschechen, Balten und Serben zwar im Vergleich zu den ethnisch stigmatisierten Zwangsarbeitern/innen wie Polen oder Sowjetbürger („Ostarbeiter/innen“) begünstigt waren, aber nicht mehr ihren Arbeitsplatz, auch nach Auslaufen von Arbeitsverträgen, selbständig verlassen durften.

Wie stark diese Kategorisierungen aber in der Praxis von ethnischen Vorurteilen und Einflüssen verändert und beeinflusst werden konnten, zeigen z. B. Bestrafungen bei „Arbeitsvergehen“. Latente Vorurteile waren beispielsweise gegenüber Tschechen als „Slawen“ ebenso spürbar wie gegenüber Italienern, die dann auch nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 als italienische Militärinternierte ab September 1943 diese aus politischen Opportunitätsabwägungen bisher unterdrückten negativen Einstellungen – fast über Nacht – besonders brutal zu spüren bekamen (und wiederum von den polnischen, sowjetischen und französischen Arbeitern/innen als ehemalige Kollaborant/innen mit dem NS-Regime ebenfalls verachtet wurden).³³⁹

338 Albert O. Hirschmann, *Exit, Voice and Loyalty: Responses in Decline in Firms, Organizations and States*, Cambridge (Harvard) 1970.

339 Siehe dazu Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 301–305, sowie Luigi Cajani, *Die italienischen Militärinternierten im nationalsozialistischen Deutschland*, in: Ulrich Herbert, *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland. 1938–1945, Essen 1991, S. 295–316, und Gerhard Schreiber, *Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943–1945. Verraten – Verachtet – Vergessen*, München 1990. Siehe weitere Details bei Cesare Bermani / Sergio Bologna / Brunello Mantelli, *Proletarier der „Achse“*. Sozialgeschichte der italienischen Fremd-

Als weitere Gruppen im Bereich Zwangsarbeit sind die völlig entrechteten KZ-Häftlinge zu nennen, die einzige Gruppe, die als „Less than Slaves“ bezeichnet werden kann – mit jüdischen KZ-Häftlingen an unterster Stelle der KZ-Lagerhierarchie und organisierten politischen Häftlingen an der Spitze (abgesehen von Kapo-Häftlingen). Wesentlich für das Gebiet des heutigen Österreichs ist auch das Schicksal der seit 1944 deportierten ungarischen Juden und Jüdinnen.

Eine besondere Kategorie sind die Kriegsgefangenen, deren Arbeitseinsatz keineswegs immer den entsprechenden völkerrechtlichen Regelungen entsprach. Ausgehend von den Normen der Genfer Kriegsgefangenenkonvention sollten die Gefangenen ausreichend Nahrung und Bekleidung erhalten und ausschließlich in zivilen Unternehmen zur Arbeit eingesetzt werden. Häufig wurden sie aber in der Rüstungsindustrie ausgebeutet bzw., wie im Falle der italienischen Kriegsgefangenen nach dem Austritt Italiens am 8. September 1943 aus dem Kriegsbündnis mit Hitlerdeutschland, sogar des Kriegsgefangenenstatus beraubt und als Militärinternierte extrem schlecht behandelt.

Hierarchie der Diskriminierung bei zivilen ZwangsarbeiterInnen³⁴⁰

- Italiener bis 1943*
- Kroaten
- Slowaken
- Balten
- Belgier (Flamen)
- Franzosen / Wallonen
- Niederländer
- Serben
- Tschechen
- Polen / Westukrainer
- Italiener ab 1943
- „Ostarbeiter“ („Sowjets“)

Die beiden zahlenmäßig größten Gruppen der ausländischen ZivilarbeiterInnen stellten die Polen (insgesamt 1,6 Millionen Personen) und die verschleppten Arbeitskräfte aus

arbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, Gabriele Hammermann, Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943–1945, Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 99, Tübingen 2002, Ralf Lang, Italienische „Fremdarbeiter“ im nationalsozialistischen Deutschland 1937–1945. Frankfurt a. M. u. a. 1996.

340 http://www.zwangsarbeit-in-goettingen.de/frames/fr_begrifflichkeit.htm